



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Befreiungen der stromintensiven Unternehmen schrittweise abbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene Initiativen zu ergreifen, damit die Subventionierung stromintensiver Unternehmen durch Befreiungen bei der EEG-Umlage (Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz) und bei den Netzentgelten (Ausgleichsmechanismusverordnung, Netzentgeltverordnung) zurückgefahren werden und sich auch diese Unternehmen an den Kosten der Energiewende stärker beteiligen. Ziel ist es, die privaten Endverbraucher und den Mittelstand zu entlasten.

Begründung:

Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sind die Preise an der Strombörse in den vergangenen Jahren um bis zu 70 Prozent gefallen. Angestiegen sind im Gegenzug vor allem die EEG-Umlage und teilweise auch die Netzentgelte. In der Summe aus Stromgroßhandelspreis und EEG-Umlage und Netzentgelten gibt es durchschnittlich keine wesentliche Erhöhung der Stromkosten. Allerdings ist diese Veränderung der Kostenstruktur nicht für alle Kundengruppen gleichmäßig wirksam geworden. Während stromintensive Betriebe sowohl von den gesunkenen Börsenpreisen, wie von vielen Befreiungstatbeständen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und bei den Netzentgelten massiv profitieren, tragen Privathaushalte, Handwerk und Kleinbetriebe deutlich höhere Kosten. Diese Ungerechtigkeit soll beseitigt werden.